

Indien: Der große Sprung

Die 16. Parlamentswahl und ihre Folgen

Christian Wagner

Der deutliche Wahlsieg von Narendra Modi von der Bharatiya Janata Party (BJP) ist ein klares Mandat für Entwicklung und Reformen. Allerdings steht seine Regierung vor gewaltigen Aufgaben, denn sie muss die Wirtschaft wieder beleben, die allgegenwärtige Korruption eindämmen, die lähmende Bürokratie abbauen, die Infrastruktur modernisieren und ausreichend Arbeitsplätze für die junge Bevölkerung schaffen. Modi ist mit der Herausforderung konfrontiert, einerseits eine Balance zwischen den religiös-konservativen und wirtschaftsliberalen Kräften in der BJP zu finden und andererseits die Befürchtungen der religiösen Minderheiten vor einem Erstarken des Hindu-Nationalismus zu beschwichtigen. Nur wenn er beides schafft, kann der große Sprung zu einem dauerhaft hohen Wirtschaftswachstum gelingen, das Indien auch global ein größeres Gewicht verleiht.

Die Wahl zum 16. indischen Parlament (Lok Sabha) war wieder in vielerlei Hinsicht ein Ereignis der Superlative. Über 814 Millionen Wahlberechtigte, davon mehr als 20 Millionen Erstwähler, stimmten über die Vergabe von 543 Parlamentssitzen ab. Nie zuvor war in Indien so viel Geld investiert worden: Die Kandidaten gaben schätzungsweise über 5 Milliarden US-Dollar aus; höher sind einzig die Ausgaben bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Mit über 66 Prozent wurde die bislang höchste Wahlbeteiligung verzeichnet.

Die Gewinner

Die BJP und ihre Allianzpartner in der National Democratic Alliance (NDA) haben

einen klaren Erfolg erzielt. Zum ersten Mal seit 1984 hat eine Partei mit 282 Sitzen wieder die absolute Mehrheit im Parlament errungen. Die NDA verfügt mit insgesamt 336 Sitzen über eine komfortable Mehrheit. Modis Sieg ist umso höher zu bewerten, als der Erfolg Rajiv Gandhis 1984 vor allem dem Schock nach der Ermordung Indira Gandhis geschuldet war, nicht aber seiner politischen Statur oder seinem Programm. Die BJP erhöhte ihren Stimmenanteil von 19 auf 31 Prozent Stimmen und erzielte dank des Mehrheitswahlrechts über 50 Prozent der Mandate.

Ausschlaggebend für den erdrutschartigen Sieg war zum einen das gute Abschneiden in den großen, bevölkerungsreichen Bundesstaaten wie Uttar Pradesh,

Das Ergebnis der 16. Parlamentswahl in Indien

Name	Zahl der Sitze	Stimmenanteil (in %)
Bharatiya Janata Party (BJP)	282	31,0
Indian National Congress (INC)	44	19,3
All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (ADMK)	37	3,3
All India Trinamool Congress (AITC)	34	3,8
Biju Janata Dal (BJD)	20	1,7
Shivsena (SHS)	18	1,9
Telugu Desam (TD)	16	2,5
Telangana Rashtra Samithi (TRS)	11	1,2
Communist Party of India – Marxist (CPM)	9	3,2
Yuvajana Sramika Rythu Congress Party (YSRCP)	9	2,5
Nationalist Congress Party (NCP)	6	1,6
Lok Jan Shakti Party (LJP)	6	0,4
Samajwadi Party (SP)	5	3,4
Aam Aadmi Party (AAP)	4	2,0
Shiromani Akali Dal (SAD)	4	0,7
Unabhängige Kandidaten und andere Parteien	38	21,5
Gesamt	543	100,0

Quelle: <<http://eciresults.nic.in/>> Stand: 17.5.2014 (eingesehen am 19.5.2014).

wo die BJP 71 von 80 Sitzen gewann. Zum anderen schnitt sie aber auch gut in Bundesstaaten ab, in denen sie bislang kaum vertreten war. Auch die Partner der BJP wie die Shivsena in Maharashtra und die Telugu Desam in Andhra Pradesh waren Nutznießer der Modi-»Welle«.

Neben seinem Charisma, seinem hohen persönlichen Einsatz im Wahlkampf und seinem politischen Geschick profitierte Modi von einer massiven Unterstützung der Wirtschaft und den organisatorischen Fähigkeiten des Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, Nationale Freiwilligenorganisation), dessen Mitglied er einst war. Der 1925 gegründete RSS, der die Vorherrschaft der Hindus (Hindutva) propagiert, ist für zahlreiche gewaltsame Übergriffe gegen Minderheiten verantwortlich. Die Diskussion über den möglichen Einfluss des RSS auf die Regierung wird Modis Amtszeit vermutlich begleiten.

Die Verlierer

Klarer Verlierer ist die Kongresspartei (INC) unter Führung von Sonia Gandhi. Mit nur

44 Sitzen und einem Stimmenanteil von unter 20 Prozent verbuchte sie ihr bislang schlechtestes Ergebnis. Die umfangreichen Sozialprogramme der letzten Jahre konnten das schlechte Auftreten im Wahlkampf von Rahul Gandhi und den Vertrauensverlust nicht ausgleichen, den die Regierung durch die Korruptionsskandale der letzten Jahre erlitt. Abzuwarten bleibt, ob diese Wahl das Ende der Gandhi-Dynastie einläutet, aber auch ob und inwieweit die Kongresspartei in der Lage sein wird, personelle, politische und organisatorische Reformen durchzuführen. Mit seinem dürftigen Ergebnis bei dieser und vorangegangenen Wahlen hat sich Rahul Gandhi für politische Spitzenämter vermutlich disqualifiziert, während sich seine Schwester Priyanka mit ihrem Auftreten vielleicht für neue, weitere Aufgaben empfohlen hat.

Ebenfalls zu den Verlierern zählt die Communist Party of India – Marxist (CPM), die nur noch neun Mandate erreichte. Verloren haben auch große Regionalparteien wie die Bahujan Samaj Party (BSP) in Uttar Pradesh. Sie erzielte mit über vier Prozent zwar prozentual das drittbeste Ergebnis,

konnte aber trotzdem keinen Sitz gewinnen. Gemischt fällt die Bilanz für die Aam Aadmi Party (AAP) aus. Die erst 2012 gegründete Partei hatte mit ihrer Anti-Korruptionspolitik bei der Landtagswahl in Delhi Ende 2013 für viel politische Furore gesorgt und stellte kurzzeitig die Landesregierung. Der klare Wahlerfolg der BJP in Delhi dürfte für die AAP darum einerseits eine Niederlage sein. Andererseits können die vier Sitze im Parlament dennoch als Erfolg gelten, zumal auch die BJP bei ihrer ersten Wahl 1984 nur zwei Sitze errang.

Die innenpolitische Agenda

Modi führte seinen Wahlkampf mit den Schlagworten »Entwicklung« und »gute Regierungsführung«. Dabei hat er immer wieder auf den von ihm regierten Bundesstaat Gujarat als Modell verwiesen, nach dessen Vorbild er Indien künftig regieren will. Gujarat gilt zwar als wirtschaftlich sehr erfolgreich, ist aber gemessen an den Sozialindikatoren nur Mittelmaß. Seine wirtschaftspolitische Agenda lässt sich auf die Kurzformal »Wachstum, Arbeit, Inflation(sbekämpfung)« bringen.

Vorrangige Aufgabe ist die Stärkung des Wirtschaftswachstums, das zuletzt unter fünf Prozent lag und damit weit entfernt von den sieben Prozent, die sich die Vorgängerregierung als Ziel gesetzt hatte. Die wirtschaftsfreundlichen Kreise erhoffen sich eine weitere Liberalisierung und eine Öffnung des Landes für ausländische Investitionen. Diese Hoffnung hat sich auch in einem Anstieg der Aktienkurse und der Aufwertung der Rupie niedergeschlagen. Zugleich muss Modi einen Kompromiss finden mit den Vorstellungen des RSS, der einer allzu starken wirtschaftlichen Öffnung eher skeptisch gegenübersteht.

Eine weitere Liberalisierung kann außerdem nur gelingen, wenn die bürokratischen Hürden deutlich gesenkt werden. Der indische Staatsapparat hat sich im Umgang mit ausländischen Investoren, die wiederholt über umständliche Regulierungsverfahren und bürokratische Hindernisse klagen,

noch nie durch besondere Effizienz und Effektivität ausgezeichnet. Darunter leidet auch die Mehrheit der Bevölkerung, die sich von der neuen Regierung vor allem eine wirksame Bekämpfung der Inflation und der ausufernden Korruption sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Infrastruktur erhofft.

Die Herausforderungen

Trotz eines klaren politischen Mandats wird sich auch die Regierung Modi schwer tun, ihre Politik in die Tat umzusetzen. Indien ist nicht nur ein demokratisches, sondern auch ein föderales System. Die NDA hält in der zweiten Kammer (Rajya Sabha) gegenwärtig nur 65 von 245 Sitzen und kann erst 2016 auf eine Mehrheit hoffen. Die Regierung hat zwar die Möglichkeit, über Verordnungen Gesetze zu erlassen, wird aber eher ihre Koalition erweitern und bei vielen ihrer Vorhaben auf die schwache und fragmentierte Opposition zugehen.

Modi versprach im Wahlkampf, »zuerst Toiletten, dann Tempel« zu bauen, und vermied so weit wie möglich hindunationalistische Äußerungen. Von seiner Entwicklungsagenda würden auch die Muslime profitieren, die zu den ärmeren Bevölkerungsgruppen zählen. Doch das klare Mandat dürfte den religiös-nationalistischen Kräften Auftrieb geben, deren Agenda sich auch im Wahlprogramm der BJP wiederfindet. Dort wird unter anderem der Bau des umstrittenen Ram-Tempels in Ayodhya, die Abschaffung der verfassungsrechtlichen Sonderstellung für Jammu und Kaschmir und die Schaffung eines einheitlichen Zivilrechts gefordert. Damit würde unter anderem ein Abbau von Privilegien einhergehen, die religiöse Minderheiten zum Beispiel im Familienrecht genießen. Da diese Politik auf heftigen Widerstand der Muslime stoßen würde, birgt sie die Gefahr, dass es wieder vermehrt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Religionsgemeinschaften kommen könnte.

Außenpolitische Folgen

Der Wahlsieg dürfte außenpolitisch nur geringe Veränderungen zur Folge haben. Modi gilt als Mann der Wirtschaft und wird die Beziehungen zu den USA, China, Japan und der Europäischen Union (EU) weiter ausbauen. Zu seiner Vereidigung in Delhi lud Modi erstmals die Regierungschefs aller Staaten der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) ein, zu der auch Pakistan gehört. Mit diesem überraschenden Schritt landete Modi noch vor seinem Regierungsantritt einen ersten außenpolitischen Coup. Modi bekräftigte damit seinen Wunsch, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Pakistan trotz aller Vorbehalte zu verbessern. Allerdings dürfte eine BJP-Regierung deutlich schärfer gegenüber Pakistan reagieren, wenn es weitere Anschläge islamistischer Terroristen in Indien geben sollte. Chinesische Verletzungen der strittigen Demarkationslinie im Himalaja könnten Proteste hervorrufen, die ebenfalls heftiger ausfallen dürften als in der Vergangenheit. Allerdings wird Modi hier sehr genau abwägen müssen, denn China ist nicht nur ein geopolitischer Rivale, sondern mittlerweile auch der größte bilaterale Handelspartner und ein wichtiger Investor in Indien.

Der Ausbau von Handel, Investitionen und Technologietransfer wird auch Kernanliegen der indischen Außenpolitik gegenüber Europa, den USA und Japan sein. Die strategische Partnerschaft mit der EU dürfte auch von der Verbesserung des Investitionsklimas in Indien profitieren. Belastungen im bilateralen Verhältnis zu den westlichen Staaten sind zu erwarten, wenn die neue Regierung bei Ausschreitungen zwischen den Religionsgemeinschaften erneut jene Gleichgültigkeit zeigen sollte, die Modi bereits bei dem Pogrom 2002 an Muslimen in seinem Bundesstaat zur Last gelegt wurde.

Modi und seine Berater wissen, dass Indiens Gewicht in der Weltpolitik vor allem von einer leistungsfähigen Wirtschaft abhängt. Seine stabile Regierung ist auch ein Signal an die internationale Gemein-

schaft, dass Indien seine Interessen entschieden durchsetzen will. Im Umfeld des RSS steht man Liberalisierung und Globalisierung skeptisch gegenüber. Daher ist zu erwarten, dass Indien zum Beispiel im Kontext von Klima- und Umweltverhandlungen weiter auf das Primat von Entwicklung und nationaler Souveränität pochen wird.

Indien vor dem großen Sprung?

Das Wahlergebnis hat auch einige als selbstverständlich geltende Annahmen über die indische Demokratie relativiert. Erstens erzielten BJP und Kongresspartei zusammen wieder über 50 Prozent, die Regionalisierung der Parteienlandschaft hat sich zunächst also nicht weiter fortgesetzt. Zweitens bewies die BJP, dass es mit entsprechenden personellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen selbst in einer heterogenen Gesellschaft wie Indien möglich ist, eine absolute Mehrheit an Sitzen zu gewinnen.

Der klare Sieg Modis ist Ausdruck der Hoffnung auf den »großen Sprung«, den Indien unter seiner Führung vollziehen soll. Er ist für viele Träger dieser Hoffnung, der das seit Jahrzehnten propagierte Potential des Landes endlich entfalten möge, in dem noch fast 69 Prozent der Bevölkerung, das heißt rund 800 Millionen Menschen, von weniger als 2 Dollar am Tag leben. Die Herausforderung für Modi besteht darin, einen Ausgleich zu finden: zwischen den großen Erwartungen und Hoffnungen auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung einerseits und den Befürchtungen und Ängsten vor einem Erstarken hindu-nationalistischer Tendenzen andererseits. Modi hat seinen Sieg den 1,2 Milliarden Inderinnen und Indern gewidmet und sie aufgefordert, »einen Schritt nach vorne« zu tun, um das Land voranzubringen. Hierzu muss er aber auch jene zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler erreichen, die ihn und seine Partei nicht gewählt haben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364